

bemerkte Verteidigungsminister Tang Yiau-min, dass Taiwan sich auf „qualitative Verfeinerungen“ konzentrieren müsse. Im Vergleich zu den allein nach offiziellen Angaben geplanten militärischen Ausgaben Beijngs für 2004 von 22,3 Mrd. US\$ beträgt der taiwanische Militärhaushalt jährlich weniger als 8 Mrd. US\$. Der Bericht des Verteidigungsministeriums legte aber vor allem zum ersten Mal offen, dass die Streitkräfte der Insel trotz offizieller diplomatischer Isolation militärisch eng mit den Nachbarstaaten zusammenarbeiten und an einigen ausländischen Militärübungen, insbesondere der Amerikaner, teilnehmen werden. (WSJ, 31.7.03; IHT online, 31.7.03; 1.8.03; SCMP, 27.8.03; CNAT web site, 29.8.03, nach BBC PF, 31.8.03; CNAT web site, 30.8.03, nach BBC PF, 31.8.03) -emc-

## 5 SCO bereitet sich militärisch auf Terrorbekämpfung vor

Vom 6. bis 12. August fanden zum ersten Mal gemeinsame militärische Manöver von mehreren Mitgliedern der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) statt. Die Organisation, die sich vor allem die Bekämpfung von „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ auf die Fahnen geschrieben hat, begann ihre ersten Manöver im Rahmen der in Moskau im letzten Mai beschlossenen Militärübungen zur Terrorismusbekämpfung in Kasachstan. Eine zweite Phase der Übungen mit Namen „Koalition 2003“ wurde im Anschluss auf chinesischem Territorium in der Autonomen Region Xinjiang abgehalten.

An den viertägigen Übungen in der Grenzstadt Ucharal im Südosten Kasachstans nahmen über tausend Soldaten aus China, Kasachstan, Kirgistan und Russland teil. Tadschikische Truppen wohnten dem Manöver als Beobachter bei. Nur Usbekistan sandte keine Truppen, da diese nach Aussagen des usbekischen Verteidigungsministers mit eigenen Übungen beschäftigt seien. Die VR China war durch ein motorisiertes Infanteriebataillon und Spezialkräfte vertreten. Russland, Kasachstan und Kirgistan sandten Artillerie, Luftkräfte, Luftverteidigung und Spezialkräfte. Gemeinsam übten die Soldaten

die Befreiung von Flugzeugpassagieren aus der Gewalt einer Gruppe internationaler Terroristen. Die fünf Staaten errichteten zudem ein gemeinsames Hauptquartier, in dem Militärexperten und Stabsoffiziere Informationen austauschten, die Situation analysierten und die Operationen der gemeinsamen Kräfte koordinierten. Die Übungen wurden von chinesischer Seite als ein wichtiger Schritt für die Stärkung militärischer Kooperation und gegenseitigen Vertrauens der SCO-Mitgliedsstaaten bezeichnet. Erst im Oktober letzten Jahres hatten mit China und Kirgistan zum ersten Mal zwei Staaten der SCO ein gemeinsames Manöver abgehalten. Es waren für China auch die ersten Truppenübungen mit scharfer Munition mit einem anderen Staat gewesen.

In der zweiten Phase wurde in der Autonomen Region Xinjiang ein Kampf gegen über hundert bewaffnete „Terroristen“, die in das Gebiet eingedrungen waren und von einer Basis aus terroristische Ausfälle vornahmen, inszeniert. Nach Beendigung der Übung, die von chinesischer Seite als voller Erfolg gefeiert wurde, bemerkte der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Militärkommission Cao Gangchuan, die Übung habe die Kräfte des Terrorismus schockiert und einen wichtigen Beitrag zu den internationalen Anstrengungen der Terrorismusbekämpfung geleistet. (XNA, 6.8.03; WSJ, 6.8.03; Xinhua, 12.8.03, nach BBC PF, 16.8.03) -emc-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 6 Rechtshilfe für Bedürftige

Ab 1. September diesen Jahres treten neue Vorschriften in Kraft, die Bedürftigen in China kostenlosen Rechtsbeistand garantieren sollen. Nach diesen im Juli vom Staatsrat beschlossenen Bestimmungen haben öffentliche Rechtshilfeinstitutionen von nun an Anspruch auf staatliche Unterstützung.

Das System der Rechtshilfe war Anfang 1994 vom Justizministerium beschlossen worden. Bis Ende Juni die-

sen Jahres konnten nach offiziellen Angaben 2.654 öffentliche Rechtshilfeinstitutionen im ganzen Lande errichtet werden, die in den letzten fünf Jahren für rund 970.000 bedürftige Menschen juristische Unterstützung leisteten. Darunter fällt Rechtshilfe für zivile Gerichtsprozesse, beispielsweise in Fällen von Entschädigungszahlungen, aber auch für strafrechtliche Verfahren. Allerdings hat die stark zunehmende Nachfrage nach Rechtsbeistand gepaart mit dem Mangel an finanziellen Mitteln und qualifiziertem Personal die Dienstleistungen der Institutionen stark eingeschränkt und eine weitere Ausweitung unmöglich gemacht. Einige Einrichtungen waren aufgrund fehlender Gelder bereits dazu übergegangen, sich für ihre Dienste bezahlen zu lassen. Gemäß den neuen Vorschriften ist es diesen Institutionen nun verboten, Profite zu erzielen.

Nach Angaben eines Berichtes der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften waren im Jahre 2002 insgesamt 9,44 Mio. US\$ in das öffentliche Rechtshilfesystem investiert worden. Diesen Betrag habe die Regierung nun aufgestockt, so Justizminister Zhang Fusen. Auch einige lokale Regierungen hätten schon zugesagt, entsprechende Gelder gemäß der neuen Vorschriften bereitzustellen. Allerdings gab Justizminister Zhang zu, dass diese Mittel nichtsdestotrotz nicht ausreichen, die stark anwachsende Nachfrage nach öffentlichem Rechtsbeistand zu befriedigen. Viele lokale Regierungen litten unter finanziellen Problemen und könnten die notwendigen Gelder nicht aufbringen. Seit Anfang des Monats habe das Justizministerium daher eine groß angelegte Benefiz-Aktion gestartet, die bis Ende des Jahres zur Steigerung der Popularität und der finanziellen Unterstützung des Rechtshilfesystems beitragen soll.

Die neuen Vorschriften werden von vielen chinesischen Beobachtern als wichtiger Schritt zur Standardisierung und Entwicklung von Rechtshilfemechanismen, teilweise gar als Meilenstein für den Schutz der Menschenrechte des Landes gefeiert. Des Weiteren zeugten sie von einem deutlichen Umschwung des politischen Kurses der parteistaatlichen Führung, die nunmehr verstärkt eine Politik betreibt, die dem Volke diene. So unterstri-

chen die Regelungen die Determination der neuen Regierung, sich intensiviert für die besonders benachteiligten Gruppen, beispielsweise arme Bauern und Wanderarbeiter, einzusetzen.

Einige chinesische Rechtsexperten sehen die neuen Vorschriften, insbesondere deren Finanzierung, aber als problematisch an. Sie befürchten, dass die Regierung aufgrund unzureichender öffentlicher Mittel und einem Mangel an kompetenten Anwälten in den Rechtshilfeeinrichtungen die Last der neuen Maßnahmen auf die Schultern von privaten Rechtsanwaltskanzleien verschieben könnte. Denn gemäß den Bestimmungen sollen nicht nur staatlich angestellte Anwälte und freiwillige Rechtsberater gesellschaftlicher Gruppen und juristischer Fakultäten, sondern auch private Rechtsanwälte und Notare Mittellosen kostenlos Rechtsbeistand leisten. Anwaltskanzleien, die diese ehrenamtliche Arbeit mehrmals ablehnen, können mit einer Schließung von bis zu drei Monaten bestraft werden. Bereits in der Vergangenheit war Rechtsanwälten angetragen worden, mindestens zwei kostenlose Rechtshilfefälle pro Jahr zu übernehmen. Bei Verweigerung drohten die Behörden mit Entzug der jährlichen Lizenz. Nach Meinung einer Rechtsprofessorin der Beijinger Qinghua Universität könne der Zwang, der hinter diesen Bestimmungen stünde, leicht zu einer Qualitätsminderung des Rechtsbeistands führen. Das Justizministerium solle daher mindestens die grundlegenden Kosten für Rechtshilfeleistungen privater Unternehmen übernehmen oder die Hilfeleistungen dieser Kanzleien gänzlich auf eine freiwillige Basis stellen.

Mit den neuen Bestimmungen ist die juristische Vertretung der Menschen unterster Einkommensklassen ein Stück näher gerückt. Einer umfassenden Implementierung der Vorschriften stehen jedoch noch zahlreiche Probleme entgegen. Insbesondere in den ärmeren ländlichen Gebieten, in denen der Großteil der so genannten „benachteiligten Gruppen“ lebt, ist eine kurz- und mittelfristige Durchsetzung aufgrund fehlender finanzieller Mittel und qualifizierten Personals fraglich. (XNA, 1., 25., 28.8.03, ST, 23.8.03) -bk-

## 7 Parteiführung stoppt öffentliche Debatten über politische Reformen und Verfassungsänderungen

Nach einigen Monaten der relativ offenen Diskussion chinesischer Intellektueller über politische Reformen, Verfassungsänderungen sowie einer offiziellen Neubewertung der Protestbewegung von 1989, scheint diesen Debatten seitens der Parteispitze nun ein Ende gesetzt worden zu sein.

Wie das *Wall Street Journal* berichtet, habe die KP-Führung Parteiorganen, Forschungsinstituten und Universitäten angeordnet, alle Konferenzen und Essays zu diesen drei Themen zu verbieten. Auch sollen in derartige Diskussion involvierte Akademiker Schikanen staatlicher Sicherheitskräfte ausgesetzt worden sein. So seien Teilnehmer einer Konferenz über Verfassungsreformen, die im Juni diesen Jahres in Qingdao stattgefunden hatte, verfolgt, befragt und angewiesen worden, sich künftig nicht mehr mit dieser Thematik zu beschäftigen. Insbesondere der Konferenzorganisator Cao Siyuan, ein führender Verfechter politischer Reform, habe diesen Monat unter Schikanen gelitten.

Die Diskussion über Verfassungsänderungen war diesen Sommer angeheizt worden, nachdem die Regierung im Juni das Einsetzen einer Führungsgruppe bekannt gegeben hatte, die eine Verfassungsreform vorbereiten soll (vgl. C.a., 2003/6, Ü 11). Wie die Nachrichtenagentur Xinhua inzwischen berichtete, sei das Thema neben Überlegungen zur weiteren Verbesserung des Systems sozialistischer Marktwirtschaft auch Gegenstand auf der für Oktober anberaumten 3. Plenartagung des XVI. Zentralkomitees der KPCh.

Des Weiteren fanden in den Sommermonaten in verschiedenen Foren auch Debatten über politische Reformen statt, die bereits während der SARS-Krise im Frühjahr begonnen hatten. Obwohl die chinesische Regierung im Juni die Pressezensur verschärfte (vgl. C.a., 2003/6, Ü 10), erschienen in mehreren Zeitungen und Zeitschriften Artikel, die sich insbesondere für mehr innerparteiliche Demokratie, aber auch andere vorsichtige politische Reformansätze ausspra-

chen (vgl. dazu auch C.a., 2003/4, Ü 12; 2003/7, Ü 7). Dazu gehören vor allem die von der Zentralen Parteischule betriebene Publikation *Study Times* sowie die wichtigste Theoriezeitschrift der Partei, *Seeking Truth*. Beispielsweise veröffentlichte Letztere Anfang August einen Aufsatz, der an die Parteiorgane appelliert, sich nicht in die Angelegenheiten der Regierungsministerien einzumischen. Ein anderes Beispiel stellt der Ende Juli in der *Workers' Daily* veröffentlichte Artikel von Su Liqing dar, in dem sich der leitende Parteifunktionär des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes für die Direktwahl von lokalen Gewerkschaftsführern durch Fabrikarbeiter einsetzt.

Darüber hinaus sollen im Sommer einige einflussreiche Akademiker auf internen Versammlungen an Hochschulen und Regierungsinstituten eine Neubewertung der offiziellen Position zu den Ereignissen im Juni 1989 gefordert haben. Nach Ansicht chinesischer Beobachter habe die Parteiführung – insbesondere die dem ehemaligen Staats- und Parteichef Jiang Zemin nahe stehenden Spitzenfunktionäre – Ausmaß und Vehemenz dieser Appelle beunruhigt. Da Jiang das Amt des ZK-Generalsekretärs direkt nach der Niederschlagung der Protestbewegung übernommen hatte, stelle jegliche Neubewertung der offiziellen Darstellung seine Legitimität und die der von ihm eingesetzten Parteikader in Frage.

Für einige internationale Kommentatoren erscheinen die zunächst zugelassenen sommerlichen Debatten über politisch heikle Themen sowie deren jetzige Unterdrückung als Ausdruck des andauernden Machtkampfes zwischen den Kräften des alten und neuen ZK-Generalsekretärs innerhalb der parteistaatlichen Führung. Während sich Jiang Zemin und seine Gefolgsleute im Allgemeinen gegen jegliche politische Lockerung stellten und diese zu unterdrücken suchten, habe sich der neue Staats- und Parteichef Hu Jintao und sein Ministerpräsident Wen Jiabao in den ersten Monaten ihrer Amtszeit durchaus als progressiv und reformbereit gezeigt. Ob dieser Interpretationsversuch den Tatsachen entspricht, ist fraglich. Es bleibt abzuwarten, inwieweit den bisher eher rhetorischen und symbolischen Bekundungen der neuen Führung zu po-

litischen Reformansätzen auch konkrete Taten folgen werden. (Xinhua, 11.8.03, nach BBC PF, 12.8.03; XNA, 11.8.03; SCMP, 12.8.03; ST, 13.8.03; WSJ, 28.8.03) -bk-

## 8 Weitere Kommerzialisierung der Printmedien

Die Staatliche Behörde für Pressewesen und Publikationen hat am 30. Juli ein neues Reformpaket verkündet, das Subventionen und Zwangsabonnements weitestgehend abschaffen soll. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua beabsichtigt die Regierung auf diese Weise, diejenigen unter den rund 2.000 Zeitungen und 9.000 Zeitschriften auszusondern, die weder „gesellschaftlichen Nutzen“ haben noch wirtschaftliche Profite einfahren.

Nach den neuen Regelungen ist jeder Provinzregierung nur noch der Unterhalt jeweils einer Zeitung und Zeitschrift erlaubt. Von der Reform ausgenommen sind zudem das Zentralorgan der KPCh, die *People's Daily* (*Renmin Ribao*) und die Theoriezeitschrift *Seeking Truth* (*Qiushi*). Auch die Zeitungen *Economic Daily* (*Jingji Ribao*) und *Guangming Daily* (*Guangming Ribao*) dürfen von der Regierung weiterhin finanzielle Unterstützung erhalten. Alle anderen Zeitungen und Zeitschriften, die von Partei- und Regierungsorganen betrieben werden, müssen sich nun dem Wettbewerb des Marktes stellen, der den Mediensektor seit dem Rückzug des Staates aus der Vollsubvention 1992 zunehmend bestimmt. Nach Meinung chinesischer Medienexperten sei davon auszugehen, dass unter den neuen Bedingungen eine große Anzahl von Publikationen schließen müsse, da nach offiziellen Statistiken allein 40% der rund 2.000 Zeitungen von Abonnements der Regierungsbehörden und Parteiorgane abhängig sind. Aufgrund dessen plant die Zentralregierung, einige Publikationen an andere Verlagsgruppen anzugliedern. Darüber hinaus sollen Zeitungen und Zeitschriften, welche die parteistaatliche Führung als wichtig für die Informationsverbreitung ansieht, in kostenlose Rundschreiben umfunktioniert werden.

Private Investitionen finden in den neuen Vorschriften keine Erwähnung.

Das Finanz- und Wirtschaftsmagazin *Caijing* berichtet jedoch, dass die Zentralregierung erwäge, in Kürze bis zu 40% Investment ausländischer und lokaler Unternehmer zulassen zu wollen. Ohnehin ist China durch die Vereinbarungen im Zuge des Beitritts zur Welthandelsorganisation Ende 2001 dazu verpflichtet, im dritten Jahr seiner Mitgliedschaft den gesamten Groß- und Einzelhandelsbereich des Printmediensektors für ausländische Investitionen zu öffnen.

Nach Meinung chinesischer Kommentatoren könnten die neuen Reformmaßnahmen zu einer Verbesserung der Arbeitshaltung und Qualität von Journalisten sowie von chinesischen Publikationen im Allgemeinen führen. In der offiziellen Berichterstattung wurde zudem das Argument angeführt, die neuen Regelungen wirkten unterstützend auf die Funktion der Medien als gesellschaftliches Instrument zur Überwachung der Regierung und zum Schutz sozialer Gerechtigkeit. Dies sei gemäß Xinhua eines der vorrangigen Ziele, das die Zentralregierung mit der Medienreform erreichen wolle. Diese Aussagen stehen jedoch im Konflikt mit der Verschärfung der Pressezensur im Juni diesen Jahres (vgl. C.a., 2003/6, Ü 10) sowie der jüngsten Unterdrückung von Debatten zu politischen Reformansätzen unter Intellektuellen (vgl. vorangegangene Übersicht). Auf absehbare Zeit ist es sehr unwahrscheinlich, dass die parteistaatliche Elite eine wirkliche Lockerung ihrer Medienüberwachung anstrebt. Allerdings scheinen der stark zunehmende Einfluss von Marktkräften und die Verbreitung neuer Technologien einer solchen Entwicklung allmählich Vorschub zu leisten. (Xinhua, 18.7., 17.8.03, nach BBC PF, 22.7., 19.8.03; SCMP, 1., 29.8.03; ST, 8.8.03; SZ, 14./15.8.03) -bk-

## 9 Neues zur Korruptionsbekämpfung

Nach Angaben staatlicher Medien hat die neue Führung im Kampf gegen die grassierende Korruption ein Inspektionsteam aufgestellt, das in den nächsten vier Jahren in sämtlichen Provinzen, Autonomen Gebieten und Regierungsunmittelbaren Städten des Landes leitende Partei- und Regie-

rungsbeamte beurteilen und überwachen soll. Die 45 Inspektoren umfassende Mannschaft sei von der für Korruptionsbekämpfung zuständigen Disziplinarkontrollkommission sowie der für Personalpolitik verantwortlichen Organisationsabteilung des Zentralkomitees der KPCh gebildet worden und soll ihre Arbeit bereits in den Provinzen Guizhou und Hunan aufgenommen haben.

Die Zentralregierung ließ zu der neuen Maßnahme verlauten, dass sie der Korruption auf höchster Partei- und Regierungsebene in den Verwaltungseinheiten der Provinzstufe Einhalt gebieten und die Ehrlichkeit der Kadere fördern solle. Die Berichterstattung in den Medien – auch im Zusammenhang mit den Korruptionsskandalen um bekannte Privatunternehmer (vgl. C.a., 2003/7, Ü 9) – hatte in den letzten Monaten den Eindruck verstärkt, dass durch das Fehlen eines effektiven Überwachungssystems einige Führungskader jahrelang ungeschoren ihre Macht zur Verschaffung erheblicher persönlicher Vorteile missbrauchen konnten. Jüngstes Beispiel ist der Fall Cheng Weigaos, der von 1991 bis 1997 das Amt des Parteisekretärs der nördlichen Provinz Hebei ausübte und von 1998 bis Anfang diesen Jahres an der Spitze der Legislative der Provinz stand. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Xinhua ergaben Untersuchungen der Zentralen Disziplinarkontrollkommission, dass Cheng sich und seiner Familie bereits seit Anfang der neunziger Jahre durch Amtsmissbrauch zu beträchtlichen materiellen Profiten verholten und damit gegen die Parteidisziplin verstoßen habe. Aufgrund dessen wurde Cheng diesen Monat mit Zustimmung des Zentralkomitees der KPCh aus der Partei ausgeschlossen und muss sich nun vor einem Gericht verantworten.

Cheng Weigao ist damit eines der hochrangigsten Parteimitglieder, das seit dem Fall Mitte der neunziger Jahre des ehemaligen Bürgermeisters von Beijing, Chen Xitong, aus der Partei ausgestoßen wurde. Zurzeit laufen Untersuchungen gegen zwei weitere hochrangige Provinzfunktionäre, die sich in Kürze wegen Verwicklung in Korruptionsskandalen einem Gerichtsverfahren stellen sollen. Hierbei handelt es sich um den ehemaligen Gouverneur

der Provinz Hubei, Zhang Guoguang, und den ehemaligen Parteisekretär der Provinz Guizhou, Liu Fangren. Bereits im Mai war Li Jiating, ehemaliger Gouverneur der südchinesischen Provinz Yunnan, von einem Gericht in Beijing wegen Annahme von Bestechungsgeldern zum Tode verurteilt worden. (vgl. C.a., 2003/5, Ü 16).

Einige internationale und chinesische Beobachter vermuten hinter der Entsendung des Inspektionsteams durch die Zentralregierung jedoch mehr als nur eine Maßnahme zur Korruptionsbekämpfung. Für sie stellen die Provinzinspektionen den ersten Schritt zur Schaffung eines Kontrollsystems dar, das den wachsenden Einfluss der Spitzenkader auf Provinzebene sowie lokalen Protektionismus beschränken soll. Auf diese Weise wolle die parteistaatliche Führung sicherstellen, dass die von ihr eingeleiteten Reformmaßnahmen und neuen Politikrichtlinien auch auf Provinzebene umgesetzt werden. Andere Kommentatoren bezweifeln allerdings einen Erfolg des 45-köpfigen Inspektionsteams – sowohl in Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung als auch auf die möglicherweise beabsichtigte Begrenzung von lokalem Protektionismus. Es sei zu bedenken, dass die eigentliche Macht in den Provinzen häufig noch bei altgedienten Führungspersonlichkeiten liege, die zwar von den meisten offiziellen Ämtern zurückgetreten, jedoch weiterhin über die Autorität der Ernennung und Entlassung von Spitzenkadern verfügten. Eine effektive Überwachung und Kontrolle müsse daher bei der Einschränkung des Einflusses dieser altgedienten Führungsfunktionäre beginnen. Darüber hinaus wiesen Analysten darauf hin, dass der Effekt der neuen Maßnahme mit Blick auf den Kampf gegen die grassierende Korruption limitiert bleibe, solange nicht auch auf zentraler Ebene endlich die Geschäftsaktivitäten von Familienmitgliedern der Führungselite einer genauen Untersuchung unterzogen würden. (Xinhua, 9.8.03, nach BBC PF, 10.8.03; XNA, 9., 19.8.03; ST, 11., 22.8.03; SCMP, 27.8.03) -bk-

## 10 Einführung digitaler Personalausweise ab 2004

Die chinesische Regierung plant, ab Anfang 2004 die herkömmlichen Personalausweise aus Papier gegen Plastikkarten mit Mikrochips auszutauschen. Zunächst sollen die neuen Ausweiskarten in den Städten Shanghai, Shenzhen und Huzhou (Provinz Zhejiang) testweise eingeführt und dann innerhalb von fünf bis sechs Jahren an die rund 960 Mio. Personalausweisträger ausgegeben werden. Damit hat die Volksrepublik China das weltweit größte Projekt zur Verwendung elektronischer Personalausweise in Angriff genommen.

Die Innovation fand in den chinesischen Medien bisher nur am Rande Erwähnung. Auch gab es lediglich eine stark begrenzte öffentliche Debatte über die Vor- und Nachteile der Einführung elektronischer Ausweiskarten. In den wenigen offiziellen Stellungnahmen haben die chinesischen Behörden hervorgehoben, dass das digitale System Fälschungen der Personalausweise erschweren werde. Sowohl Betrug und Wirtschaftskriminalität könne auf diese Weise Einhalt geboten als auch der Schutz der Bevölkerung verstärkt werden.

Experimente mit digitalen Karten gibt es in China bereits seit einiger Zeit. Auf Anordnung des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit wurden bis Ende 2002 in den 20 größten Städten des Landes Programme zur Ausgabe von Sozialversicherungskarten eingeführt. Die Mikrochips dieser Karten enthalten sämtliche Informationen über die von der Regierung erhaltenen Versorgungsleistungen wie Sozial- und Arbeitslosenhilfe sowie medizinische Versorgung.

Auf internationaler Ebene hat die Einführung des digitalen Systems in China die Debatte über die so genannten *Smart ID cards* ausgeweitet. Kritiker führen an, dass die elektronischen Ausweise die Vertraulichkeit der persönlichen Daten stark beeinträchtigen könnten und sehen einen potenziellen Missbrauch durch Regierungen oder Firmen, die Zugang zu diesen Informationen haben. So müsse nach Meinung Hongkonger Menschenrechtsaktivisten eine angemessene Handhabung mit den Daten in Chi-

na aufgrund des fehlenden Gegengewichts zur parteistaatlichen Macht in Frage gestellt werden. Zudem sei zu befürchten, dass die digitalen Ausweise es der Regierung erleichtern werden, politische und religiöse Dissidenten zu überwachen und zu verfolgen.

Das vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses im Juni diesen Jahres verabschiedete Gesetz zur Einführung der elektronischen Ausweiskarten sieht zwar eine Begrenzung der Daten vor, die auf den Mikrochips gespeichert werden dürfen; jedoch geben die neuen Regeln den Bürgern nicht das Recht, Einsicht in diese Informationen zu erhalten oder sie gar zu korrigieren. Die sichtbaren Daten auf den digitalen Ausweiskarten orientieren sich an den Angaben der bisherigen Personalausweise, die 1985 eingeführt worden waren. Unter anderem gehören dazu Informationen zur Volksgruppezugehörigkeit, Geburtsdatum, eine aus 18 Ziffern bestehende Identifikationsnummer sowie Ort der Haushaltsregistrierung (*hukou*) einer Person (vgl. nachfolgende Übersicht).

In der Sonderverwaltungsregion Hongkong werden bereits seit Juni diesen Jahres digitale Ausweiskarten ausgegeben. Hier sollen die herkömmlichen Personalausweise in den nächsten vier Jahren aus dem öffentlichen Leben verschwinden. (XNA, 20.6.03; WSJ, 10., 11.8.03; IHT, 19., 20.8.03) -bk-

## 11 Lockerung der Haushaltsregistrierung und Reisepassbeantragung

Anfang August hat das Ministerium für Öffentliche Sicherheit eine Reihe von neuen Vorschriften erlassen, die bestimmten Personengruppen mehr Freiheiten hinsichtlich ihrer Wohnsitzregistrierung (*hukou*) gewähren sowie Auslandsreisen vereinfachen sollen.

Seit der Einführung neuer Reisepässe im Sommer 2000 (vgl. C.a. 2000/5, Ü 8) sind die Prozeduren zur Passbeantragung in bisher 25 Großstädten erleichtert worden. Statt des bislang üblichen Ausfüllens etlicher Unterlagen reicht hier die Vorlage eines Nachweises für den Bedarf des Passes, der Wohnsitzbescheinigung sowie des Personalausweises. Bis Ende des Jahres

2003 sollen diese vereinfachten Bestimmungen auf insgesamt 100 große und mittelgroße Städte ausgeweitet werden, womit die chinesische Regierung auf die erhebliche Zunahme von Auslandsreisen in den letzten Jahren reagiert.

Darüber hinaus sollen für Einwohner der Städte Beijing, Shanghai und Guangdong die Restriktionen in Bezug auf Reisen nach Hongkong und Macau gelockert werden. So wird die Auflage gestrichen, bei Fahrten in die Sonderverwaltungsregionen an einer Gruppenreise teilnehmen zu müssen. Bewohner der drei Städte dürfen nunmehr auch individuell nach Hongkong und Macau reisen, was die Tourismusbranche und den Handel ankurbeln soll.

Auch die Neuerungen zur Haushaltsregistrierung beziehen sich in erster Linie auf die privilegierte städtische Bevölkerung. Die ab Anfang August geltenden neuen Regelungen sehen vor, dass für zugezogene Investoren, Unternehmer und qualifizierte Arbeitskräfte in den ärmeren Provinzen Westchinas eine Ummeldung des Wohnsitzes nicht mehr notwendig ist. Hingegen wird ihnen freigestellt, ob sie in ihrer Heimatregion eingetragen bleiben oder sich ummelden wollen. Außerdem können diejenigen, die vor In-Kraft-Treten der neuen Bestimmungen zur Arbeit in die Westregionen gezogen sind, die bereits vorgenommene Neuregistrierung wieder rückgängig machen. Die chinesische Regierung zielt mit diesen Maßnahmen darauf ab, im Rahmen der vom Nationalen Volkskongress im März 2001 verabschiedeten Strategie zur Entwicklung Westchinas (*xibu da-kaifa*) mehr Universitätsabsolventen für eine Arbeit in den unterentwickelten Regionen des Landes zu gewinnen.

Des Weiteren hat das Ministerium für Öffentliche Sicherheit beschlossen, dass Auslandsreisende, welche die Volksrepublik für über ein Jahr verlassen, ihren Wohnsitz von nun an nicht mehr abmelden müssen. Ausgenommen von dieser Regelung sind allerdings Bürger der VR China mit permanenter Aufenthaltserlaubnis im Ausland. Neu ist zudem, dass sich die Eltern von Neugeborenen nunmehr aussuchen können, ob sie ihr Kind am

Wohnort der Mutter oder des Vaters registrieren lassen.

Das bislang strikt praktizierte System der Haushaltsregistrierung, das seit den fünfziger Jahren die ländliche und städtische Bevölkerung an den eingetragenen ständigen Wohnsitz bindet und einen Wechsel nur in Ausnahmefällen vorsieht, erlebt in den letzten Jahren eine vorsichtige Lockerung. Die Regierung ist bemüht, das *hukou*-System an die Erfordernisse und Bedürfnisse der rasanten sozioökonomischen Entwicklung des Landes anzupassen. Vorrangig ist in diesem Zusammenhang das Problem der Massenmigration überschüssiger landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die urbanen Ballungsräume vor allem entlang der boomenden Ostküste. Eine dortige offizielle Wohnsitzregistrierung, die mit dem Bezug sozialer Leistungen verbunden ist, ist für die meisten Wanderarbeiter bisher nicht möglich. Jedoch setzt sich die neue parteistaatliche Führung um Partei- und Staatschef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao stärker für die Rechte der Migranten und die Erhöhung des Einkommens ländlicher Arbeitskräfte ein. Beispielsweise ist es Wanderarbeitern seit diesem Monat erlaubt, Mitglied in den städtischen Organisationen des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes zu werden. Auf der anderen Seite versucht die Regierung, den Migrationsdruck auf die Großstädte durch eine gezielte Entwicklung der ländlichen Regionen und eine kanalisierte Urbanisierung abzufangen. So ist es ländlichen Haushalten seit Oktober 2001 in vielen Regionen des Landes offiziell erlaubt, ihren Wohnsitz in Kreisstädte oder ländliche Kleinstädte zu verlegen, wenn sie über eine feste Anstellung und Wohnung verfügen (vgl. C.a., 2001/8, Ü 10; 2001/10, Ü 12). (RMRB, 7.8.03; XNA, 7., 10., 21., 25.8.03) -bk-

## 12 Falungong-Anhänger kapern erneut staatliches Satellitenfernsehen und leiten rechtliche Schritte gegen Regierung Jiang Zemin ein

Mitte August haben Falungong-Anhänger wieder für Störungen im staatlichen Satellitenfernsehen gesorgt

und Botschaften der seit 1999 in China verbotenen Bewegung versendet.

Wie chinesische Medien berichteten, wurden die chinesischen Fernsehzuschauer durch die Störungen am 12. und 13. August davon abgehalten, Programme des Bildungssenders China Education Television Station (CETV), von China Central Television (CCTV) sowie von zehn anderen Sendern auf Provinzebene zu empfangen. Bereits letztes Jahr war es der Bewegung im Zeitraum zwischen Juni und November mehrfach gelungen, den 1998 in Umlauf gebrachten Satelliten Sinosat zu kapern und Falungong-Botschaften sowie Bildmaterialien einzuspeisen. Als Störquelle war bei den damaligen Vorfällen von den chinesischen Behörden der Verwaltungsbezirk der Stadt Taipei geortet worden (vgl. C.a., 2002/6, Ü 13; 2002/10, Ü 13).

Inzwischen bekannten Falungong-Vertreter in den USA, dass auch die neuerlichen Aktionen ihrer Bewegung zuzuschreiben seien. Ein Sprecher bezeichnete diese Art von Protest als einziges Mittel, die Informationsblockade in der Volksrepublik China gewaltlos zu durchbrechen und der Bevölkerung die Verletzung der Menschenrechte in ihrem Land vor Augen zu führen.

Unterdessen haben Falungong-Anhänger im Ausland verschiedene juristische Schritte gegen die Volksrepublik China und Jiang Zemin eingeleitet. In den Ländern Kanada, Frankreich, Belgien, in der Schweiz und den USA verklagen Anhänger den ehemaligen Staats- und Parteichef wegen seiner angeblichen Verfolgung der Bewegung. Darüber hinaus plant die australische Staatsbürgerin Zhang Cuiying eine Petition bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (UNHCHR) in Genf einzureichen. In dieser klagt Zhang die Regierung Jiang Zemin an, sie aufgrund ihrer Falungong-Anhängerschaft im Jahre 2000 in China festgenommen und gefoltert zu haben. Nach Meinung des Anwalts von Zhang, Chris Nyst, verfüge die Kommission zwar nicht über die Befugnisse, rechtlich gegen die Volksrepublik China vorzugehen, jedoch könne ihr Urteil mit Unterstützung des UN-Generalsekretärs Kofi Annan erheblichen internationalen Druck auf

das Land ausüben. Die Petition solle im November von dem Leiter des UN-Tribunals für Kriegsverbrechen in Sierra Leone und Menschenrechtsanwalt, Geoffrey Robertson, eingereicht werden. Allerdings wird es vermutlich erst bei der jährlichen Sitzung der Kommission im April 2004 zu einer Anhörung kommen. Zudem beabsichtigen die beiden Anwälte Zhang Cuiyings, den Fall auch vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen. (Xinhua, 15.8.03, nach BBC PF, 16.8.03; XNA 15.8.03; WSJ, 15., 27.8.03; RTBF Radio 1 Brussels, 20.8.03, nach BBC PF, 21.8.03; *De Standaard*, 22.8.03, nach BBC PF, 23.8.03) -bk-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 13 Chinesische Führung studiert die Bedeutung der Kultur

Bereits unmittelbar nach dem XVI. Parteitag wurde seitens der neuen politischen Führung auf die Bedeutung der kulturellen Modernisierung für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau Chinas hingewiesen (vgl. C.a., 2002/12, Ü 20). Dabei hat sie zumindest zwei Ziele im Auge: die geistig-kulturelle Absicherung ihrer Macht und eine international wettbewerbsfähige Kulturindustrie. Zum einen geht es um die Adaption der traditionellen und der sozialistischen chinesischen Kultur an die gegenwärtigen Bedingungen, um das Feld nicht den modernen westlichen Kulturströmungen zu überlassen, die von der „Kaffeekultur“ der Starbucks-Kette bis zur modernen Rockmusik reichen und nicht nur in den aufstrebenden Mittelschichten dankbare Abnehmer haben. Zum anderen wird angestrebt, der chinesischen Kulturindustrie den chinesischen Markt angesichts seiner Öffnung nach dem WTO-Beitritt zu erhalten und Anteile am internationalen Kulturmarkt zu erkämpfen. Allein Chinas Bevölkerung werde im Jahr 2005 für 550 Mrd. RMB Yuan Kulturprodukte konsumieren.

Beide Ziele stehen in einem gewissen Widerspruch zueinander, zumal unklar bleibt, wieweit die Führung bereit ist, die traditionelle Kulturauffassung wirklich anzupassen. Mit der Steigerung des materiellen Wohlstandes – so stellte die Nachrichtenagentur Xinhua unter Berufung auf den Staats- und Regierungschef Hu Jintao fest – nehmen auch die Ansprüche an das geistige und kulturelle Leben zu; und diesen Ansprüchen werden die entsprechenden Güter in China nicht unbedingt gerecht. Wenn China im internationalen Wettbewerb mithalten wolle, müsse es eine Renaissance der chinesischen Nation geben, deren Stärke bestimmt werde durch die Entwicklung innovativer Kapazitäten auf den Gebieten des Wissens, der Naturwissenschaft und Technologie sowie der Kultur, durch ideologische und ethische Standards sowie wissenschaftliche und kulturelle Qualitäten. Notwendig sei die Schaffung einer fortgeschrittenen Kultur, also einer nationalen, wissenschaftlichen und populären sozialistischen Kultur, die sich an der Modernisierung, der Welt und der Zukunft ausrichtet, die geistige Welt der Bevölkerung ständig bereichert und so ihre geistige Stärke steigert. (XNA, 20.07.03, nach BBC APF, 23.07.03)

Diese Problematik war auch Gegenstand der siebten gemeinsamen Studiensitzung des Politbüros der KPCh, die am Morgen des 12. August unter Leitung von Generalsekretär Hu Jintao stattfand (GMRB, 13.8.2003). Dieser betonte nachdrücklich, dass die Entwicklung einer sozialistischen Kultur und der Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation eine unmittelbare Forderung für die Schaffung einer Gesellschaft von umfassendem bescheidenen Wohlstand seien, für die das Denken der „Drei Repräsentationen“ die Grundlage lieferten. Die relativ „geschraubte“ Formulierung macht deutlich, dass sich die politische Führung derzeit ideologisch in einer nicht einfachen Situation befindet. Sie knüpft an die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen Deng Xiaopings an („bescheidener Wohlstand“, *xiaokang shehui*), entwickelt diese weiter („umfassend“, *quanmian*) und versieht sie mit neuen, eben auch kulturellen Akzenten zur „großen Renaissance der chinesischen Nation“ (*Zhonghua minzu weida fuxing*) und bettet all dies

ein in die vom vorherigen Generalsekretär Jiang Zemin entwickelten ideologischen Richtlinien (*sange daibiao*).

Die Studiensitzung sollte dementsprechend den Beteiligten drei Dinge klarstellen: die strategische Bedeutung des verstärkten kulturellen Aufbaus, den Stand der weltweiten Entwicklung der Kulturindustrie und die Strategie zur Entfaltung einer chinesischen Kulturindustrie. Zum ersten Thema sprach Hu Jintao selbst, die anderen beiden wurden von Zhang Ximing, Wissenschaftler am Institut für Medienstudien der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, und Prof. Xiong Chengyu von der Fakultät für Medien und Rundfunk an der Qinghua Universität vorgetragen.

Hu machte deutlich, dass es den chinesischen Kommunisten angesichts der Interaktion verschiedener Ideologien und Kulturen in der heutigen Welt darum gehen müsse, die Hoffnungen und die Kraft der ganzen Nation und aller ethnischen Gruppen auf das Ziel der Errichtung einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand zu konzentrieren. Dafür sei die Schaffung einer sozialistischen Kultur mit chinesischen Charakteristiken essenziell. Festhalten müsse man dabei an den grundlegenden ideologischen Leitlinien der Lehren des Marxismus-Leninismus, der Mao-Zedong-Ideen sowie der Deng-Xiaoping-Theorie und die wichtigen Gedanken zu den „Drei Repräsentationen“ müssten die Richtschnur sein. Man müsse von den chinesischen Bedingungen ausgehen und die chinesische Kultur als Hauptfaktor sehen, sich daraus in dialektischer Weise das Gute auswählen, zusätzlich die nützlichen Ergebnisse der kulturellen Entwicklung im Ausland aktiv absorbieren und schließlich eine prosperierende Kultur in China entwickeln. Dies schließe auch die Übernahme aller Managementmethoden ein, die für den Ausbau der Kulturindustrie von Nutzen sind.

Dass man sich dabei auf einem schmalen Grad bewegt, machte Hu ebenfalls deutlich: Keinesfalls dürften kulturelle Konzepte (gemeint ist: aus dem Westen) unterschiedslos kopiert oder einfach imitiert werden. Auch müsse man wachsam sein, dass das Denken der Kader und Massen nicht durch korrupte und rückständige Konzepte auf-